

Norwegens Lage ist heute in höchstem Grade kritisch. Schon hängt man an, an etwaigen Konventionen der Ukraine oder Oesterreich und Deutschland zu sprechen, gerade so wie wenn ein Ertrinkender nach einem Strohhalm greift. Lebensfälle hört man hier nicht allzu selten die Ansicht, daß die Mittelmächte nach und nach, infolge der wirtschaftlichen Erschlaffung des Ostens und des Südens, nicht nur über ihre eigenen Lebensmittelmittel hinauskommen, sondern auch gewisse Mengen von Lebensmitteln übersehen werden, mit denen sie den nordwestlichen Neutralen helfen können.

Die Lage in Norwegen wird dadurch noch erschwerter, daß sie unruhigen und revolutionären Elemente unter der Arbeiterbevölkerung fortwährend an Zahl und Einfluß gewinnen. Ein Gemeindefestgesetz, das die gefährlichen Elemente mit den übrigen Bevölkerungsklassen verbinden könnte, ist nicht vorhanden. Nichts war den norwegischen „Sindikatslisten“ oder „Sozialisten“ nur auf die Selbsteigentümer, um Hilfe der heiligen Lebensmittelmittelverknappung und Unzufriedenheit nachhafte Teile auch der übrigen Bevölkerungslagen, die sich bisher ruhig und loyal verhalten haben, um ihre roten Fahnen zu sammeln und übers ganze Land revolutionäre Umtriebe in Szene zu setzen. Die norwegische Regierung ist auf allerlei Möglichkeiten gefaßt und hat ihre Maßregeln demgemäß schon getroffen.

Abchluss der deutsch-holländischen Verhandlungen.

WTB. Berlin, 4. Mai. (Amst.) Am Sonnabend, den 27. April d. Z. haben die deutsch-holländischen Verhandlungen über die Durchfuhr und über die Rheinbinnenschiffahrt zu einer grundsätzlichen Einigung über alle aufgeworfenen Fragen geführt. Auch über die Frage der Durchfuhr und Anspruchs von Sand und Kies, deren Menge von der niederländischen Regierung angenommen wurde, kam eine Einigung zustande. Nur ein Punkt, der insbesondere mit der Wiedererrichtung des Güterverkehrs auf der Bahn Noord-Namont zusammenhängt, bedurfte noch der Aufklärung. Auch hierüber ist inzwischen Einigung erzielt, so daß die Angelegenheit als geregelt angesehen werden kann.

Bulgariens Kronprinz an der Westfront.

WTB. Berlin, 4. Mai. (Amst.) Se. Königliche Hoheit der Kronprinz von Bulgarien ist in Begleitung des Militärattachés Obersten Gaidich auf dem westlichen Kriegsschauplatz eingetroffen. Nach Empfang durch Sr. Majestät den Kaiser begab er sich an die Befehlshaber der Obersten Heeresleitung, wo er im Auftrag des Königs der Bulgaren dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg das Großkreuz und die Kette des Alexander-Ordens mit Schwertern durch die Mitte und dem General v. der Goltz den Kriegsgroßorden für Tapferkeit erster Klasse überreichte. Nach Befragung im Großen Hauptquartier begab Se. Königliche Hoheit sich an die Front der Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz.

England ist auf die Kartoffel angewiesen.

Verzicht auf Getreidemehl.

Stockholm, 4. Mai. Die englische Volksernährung, besonders die Versorgung mit Brot, steht gegenüber den wachsenden Schwierigkeiten vor der schwersten Relativitätsfrage seit Beginn des Krieges. Sie wird in den nächsten zwölf Monaten völlig abhängig vom Anfall der Kartoffelernte sein. Es geht so, daß die maßgebenden Kreise nicht nur mit einem überaus hohen Preis an Kartoffelmehl und Brödenartikeln zum Brotziele streben, sondern für einen fortwährenden Anstieg der notwendigen Bezüge auf Getreidemehl zum Brot für notwendig halten. Außerdem wird mit einem Brot, das nur aus Kartoffelerntearten besteht, bald bereits seit längerer Zeit im Gange. Unter Anleitung der Regierung wird der Kartoffelanbau im ganzen Lande, auch auf den kleinsten Flächen, eifrig gefördert, ebenso wird der Anbau von Erbsen, Bohnen und anderen Hülsenfrüchten als bestem Ersatz für Mehl empfohlen.

Neues Abkommen zwischen der Schweiz und der Entente.

WTB. Bern, 3. Mai. (München) der Schweizerischen Depesch-Agentur.) Amliche Mitteilung. Zwischen der Schweiz und Vertretern der alliierten Regierung wurde ein weiteres Militärabkommen getroffen, nach welchem die Schweiz an die alliierten Regierungen im Laufe von acht Monaten bestimmte Lieferungen von Holz macht und sich andererseits gewisse für ihre Lebensmittelversorgung wichtige Zugeständnisse räumt. Das Abkommen unterliegt noch der Ratifikation der beteiligten Regierungen.

Briand und Clemenceau zum Kaiserbrief.

WTB. Paris, 4. Mai. (Havas.) Der Kammerauschuß für auswärtige Angelegenheiten vernahm Briand und Clemenceau über den österreichischen Zwischenfall. Clemenceau gab gleichzeitig nähere Erklärungen ab über die Ergebnisse der am Donnerstag in Abbeville abgehaltenen interalliierten Beratung.

Mißbrauch der weißen Fahne durch die Engländer.

Telegramm unseres Kriegsberichterstatters.
Sr. Hauptquartier, den 2. Mai.
Von den am Vornarrisch beteiligten Truppen ist mit wiederholter Heberhebung folgender Vorgang beobachtet worden: Wenn englische Maschinengewehrtruppen durch unsere Sturmabteilungen bedrängt werden, so hielten sie zum Zeichen der Hebergabe die weiße Fahge. Hierdurch erzielten sie, daß unsere Leute sich aus der Deckung erhoben, um die Hebergabe entgegenzunehmen. Ge wannen die Engländer in dieser Augenblicke die Gelegenheit, daß die ihnen gegenüberüber die Abstellung ihrer nicht mehr jeder überlegen war, so gingen sie blutigen wieder in Deckung und überzückerten die gekauften Deutschen auf nächste Entfernung mit Maschinengewehrfeuer, bis sie sich dann doch ergeben mußten, worauf freilich unsere Leute die Hebergabe vielfach nicht mehr annahmen.

Ein sehr bezeichnender Fall dieser Art hat sich bei den Kämpfen einer baltisch-holländischen Division am Driestmarkt zugetragen. Dort hatte sich in einem Waldstück ein mit einem Offizier und 20 Mann besetztes englische Maschinengewehrtrupp gehalten. Während es von einer

Der Vizekanzler von Payer über die Dinge in der Ukraine.

Vertrauliche Erklärungen im Hauptausschuß des Reichstages. — Enge Verbindung des deutschen Vizekanzlers mit dem ukrainischen Großgrundbesitz.

Der Hauptausschuß des Reichstages beschäftigte sich am heutigen Sonnabend mit den Vorgängen in der Ukraine. Der Verhandlungsgegenstand hatte eine große Anziehungskraft ausgeübt. Abgeordnete aller Parteien und Regierungszustreiter waren in großer Zahl erschienen. Reichkanzler Graf Hertling ließ sich durch seinen Stellvertreter Vizekanzler von Payer vertreten.

Gleich nach Eröffnung der Sitzung durch den Anstufungsvorsitzenden Abg. Fehrenbach nahm Vizekanzler von Payer das Wort. Seine Ausführungen wurden zunächst für vertraulich erklärt, worüber ein amtlicher Bericht berichtigt wurde, nach dem Herr von Payer u. a. sagte:

Belanntlich sind wir in die Ukraine auf den ausdrücklichen Wunsch der ukrainischen Regierung eingerückt, um dort Ordnung zu schaffen. Es haben auch verschiedene Gründe anderer Art mitgesprochen. Wir hatten beide ein lebhaftes Interesse daran,

möglichst rasch Ruhezustand in der Ukraine zu erzielen. Demzufolge war ja die allgemeine Auffassung, daß dort noch Lebensmittel in großer Menge anzutreffen seien. Die Ukraine hatte sich verpflichtet, bis zum 1. Juli d. J. mindestens eine Million Tonnen Getreide zu liefern. Die Rada hat aber über keine ernstlichen Mittel verfügt, um die Bevölkerung, die im Besitze dieser Getreidemasse war, um deren Versorgung anzuhalten.

Wir mühten uns sehr, um die vertragsmäßige Abwicklung der Getreidemenge zu bewerkstelligen. Das ist eine Sache von Wichtigkeit gewesen. Drei Ereignisse trafen sich in den Vorhergrund des Interesses:

1. Der Feldbestellungserlaß des Generalfeldmarschalls von Eichenhorn.
2. Die Festnahme von Regierungsgenossen in der Rada.
3. Die Umwandlung der ukrainischen Regierung in eine neue auf neuer Grundlage aufgebaute Regierung.

Zunächst ist zu betonen, daß die

Umwandlung der ukrainischen Regierung in keinerlei Zusammenhang mit den beiden Ereignissen steht. Diese Umwandlung ist lediglich eine ukrainische Angelegenheit, die uns nicht tangiert. Die Rada hat in der letzten Zeit an Boden verloren. Sie hat das ungeweihte Verbot, den ukrainischen Staat geschaffen und ihm den Frieden gegeben zu haben.

Starrs Festhalten an kommunikativen Theorien, die bei der an der Spitze hängenden Bauernbevölkerung keinen Anklang gefunden haben, scheinen hauptsächlich ihr Ende herbeiführt zu haben.

Der Feldbestellungserlaß

ist erfolgt, weil infolge der drohenden Verdrängung die Gefahr bestand, daß ein großer Teil des Bodens un bebaut blieb und damit auch die Ukraine der Möglichkeit beraubt wurde, die uns gegenüber eingegangene Verpflichtung zu erfüllen. Es standen somit Interessen unseres Volkes auf dem Spiel. Die Regierung hatte sich als machlos erwiesen, für die Verpflichtungen zu sorgen. Nach den vorliegenden Nachrichten scheint die Zustimmung der ukrainischen Regierung und die daraus hervorgegangene Resolution der Rada auf der ungenügenden Basis eines ungeweihten ukrainische Presse zu beruhen. Der Erlaß war außerdem nicht an das ukrainische Volk, sondern an die deutschen Behörden gerichtet, während durch die ukrainische Bevölkerung nachträglich der Wunsch erweckt worden ist, als ob es sich um eine solche Substitution handele, was durchaus nicht der Fall ist. Auf Veranlassung des Reichstages ist nunmehr Vorlage getroffen worden, daß der militärische Befehlshaber in allen Angelegenheiten von politischer Bedeutung

zur Hand in Hand mit den Vorkommandanten

vorzugehen hat. Zu der Verhaftung der Regierungsglieder in der Rada gestatte ich mir folgendes vorzutragen:

In der Nacht vom 24. zum 25. April wurde der ukrainische Handelsrat D. D. D. Mitglied des Finanzattachés der ukrainischen Delegation, die mit uns Finanzverhandlungen führt, von drei holländischen Männern verhaftet, die erklärt haben, daß sie im Auftrag eines Komitees zur Rettung der Ukraine handelten. Dieses Komitee verfolgte eine antideutsche Tendenz. Es gehörten ihm auch mehrere Minister an. Im allgemeinen legt es sich zusammen aus Persönlichkeiten mit viel Temperament und wenig Überlegung. Sie gingen so weit, daß sie sich zum Ziele gesetzt hatten,

die Deutschen aus dem Lande zu vertreiben und im Laufe des Krieges eine Zusammenkunft hatten, in der eine Art sizilianische Pöbelerei angeregt wurde, nämlich die

Umbringung aller deutschen Offiziere,

mit den Soldaten wollten sie dann schon fertig werden. So blieb nichts anderes übrig, als die größten Wäpfer dieses Planes unschuldig zu machen. Die Intervention unseres Vizekanzlers verhinderte den Mord beim Ministerpräsidenten, doch erfolgte, deshalb verlegte der Generalfeldmarschall im Einvernehmen mit dem Vizekanzler den Zustand des erkrankten Schutzes in der Ukraine, bei dem alle Vorgehen gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung seldgerichtlich abgeurteilt

Schulenkette frontal beschäftigt wurde, wurde es von einer mit einem letzten Geßätz besetzten Schanzgrabenstellung umringelt. Diese Besatzung, die von englischen Offizieren, der nur die Angehörigen von vorn besetzt hatte, ein weißes Kreuz schwenkte. Raum hatten sich hierauf die Deutschen ergeben, als der Offizier selbst plötzlich das Maschinengewehr erhoben und richtete. Im gleichen Augenblicke bekamen die Engländer aber im Rücken Feuer, worauf sie sich ergaben. Hierbei zeigte sich, daß die englischen Mannschaften, die ihr Leben für verwehrt hielten, Miene machten, den verzeirlichen Offizier zu lynchen, so daß dieser sich um Schutz an die deutschen Offiziere wandte, wobei er in ziemlich unwürdiger Weise in deutscher Sprache beteuerte, er habe die Deutschen und achte Deutschland hoch. Als man ihm seine Hinterlist vorhielt, daß er auf belobende Erwiderung geantwortet

worden können. So wurde ein gerichtliches Verfahren eingeleitet und die Verhaftung der aus der Presse bekannten Persönlichkeiten angeordnet. Daß die Verhaftung einzelner von ihnen in der Rada während der Sitzung erfolgte, ist ein Mißgriff der ausführenden Organe gewesen, für den beim Ministerpräsidenten um Entschuldigungen gebeten wurde, und der deutsche Kristommandant ist vom Generalfeldmarschall von seinen Posten entfernt worden. Im übrigen geht die gerichtliche Untersuchung weiter. Der Geßätz des früheren Außenministers Lubinski ist inzwischen freigegeben worden, da sich die Gründe für seine Festhaltung nicht als rechtfertigend erwiesen. Die anderen Beschuldigten befinden sich noch in Haft.

Die neue Regierung

hat mit diesen neuen Feldgerichten sich ausdrücklich einverstanden erklärt. Sierauf ist die neue Regierung vor den Ukrainern selbst, und zwar von Bauern, ins Leben gerufen worden, die eine ordnungsmäßige Abwicklung durchgeführt wissen wollen. Diese Bauern (etwa 7000 an der Zahl) stehen dem ukrainischen General Stropodadski zum Diktator und Feldman der Ukraine an.

Stropodadski nahm die Rada an und ist geneigt, die Bildung der neuen Regierung beizustimmen. Die Beibehaltung der bisherigen Regierung ist im ganzen freilich verfallen. Jedenfalls hat die neue Regierung erklärt, daß sie

voll und ganz auf den Boden des West-Europäer Friedens und der sonst mit uns getroffenen Abmachungen eintritt, daß die Getreidelieferungen fließen, daß der freie Handel zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn zugelassen werden soll und daß es eine ihrer ersten und wichtigsten Aufgaben sein werde, ein langfristiges Wirtschaftsabkommen mit den Mittelmächten abzuschließen. Ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß diese Verhandlungen zu einem raschen und befriedigenden Abschlusse kommen werden. Nach dem Witzel an Payer nahm der jetzt holländische Führer Scheidemann das Wort. Er betonte, daß es sich bei der Beurteilung der Beschäftigung in der Ukraine

um drei Fragen handle:

einmal um den Erlaß des Generalfeldmarschalls v. Eichenhorn, dann um die Verhaftung der Mitglieder der Rada, und schließlich um die Auffassung einer neuen Regierung. Aufstellend sei die Behauptung, daß die Verhaftung der Rada-Mitglieder mit der gegenwärtigen Umwälzung in keine Zusammenhang stehen. Der Erlaß des Generalfeldmarschalls v. Eichenhorn sei auch heute im genauen Wortlaut noch nicht bekannt. Der Reichstag müsse die Forderung erheben, mit dem Erlaß bekanntgemacht zu werden.

Scheidemann trug dann die Ereignisse der Ukraine in chronologischer Form vor. Von Anfang an habe die Vermutung nahegelegen, daß das Vorgehen der Rada in der Ukraine von rechts her nicht ohne deutsche Mitwirkung erfolge.

Die enge Verbindung unseres Vizekanzlers und seiner Umgebung mit den ukrainischen Großgrundbesitzern verleiht die Vermutung

Daraus müßte sich eine Gefahr für unsere Besatzungstruppen ergeben. Mit der Verhaftung traten bereits allerlei Unberuhigungen ein.

Scheidemann beipflichtete, was die Vorkommnisse, die sich im Zusammenhang mit der Verhaftung der Mitglieder der Zentralrada abgepielt haben. Scheidemann beipflichtete dem Bericht des Berichtes der Kommission, die sich offenbar zwischen der Militärbehörde und dem Auswärtigen Amt ereignet hätten. Der neue Seemann geht entgegen der Hoffnungen Meldungen kein Vertrauen, wie die bei den Wahlen auf ihn entfallene geringe Stimmenzahl beweise. Gegen die Berichte über Grenzlinien ist größtes Mißtrauen am Platz.

Erzbischof stellt sich Bellische für die fünftägige Politik in der Ukraine hin, daß der Friedensvertrag von West-Europa als Grundlage der Verhandlung bleiben müsse. Deutschland müsse, was Getreide zu erhalten, die verprochenen Tauschmittel liefern.

Freisprecher von dem Bussche erklärt, in Kiev seien zu dem Breiter Vertrag gewisse ausführliche Verhandlungen geführt worden über das Getreide-Abkommen, das Wirtschafts-Abkommen und einige andere Punkte.

Unterstaatssekretär Braun erklärt, daß nach dem Urteil von Schwedenshagen die in Frage stehenden Getreidemengen auch tatsächlich vorhanden seien. Mit der früheren Rada wurde nach Überwindung von Schwierigkeiten ein Vertrag abgeschlossen, nach dem sie an die Mittelmächte rund 1 Million Tonnen Getreide liefern sollte. Da die bisherige Organisation zur Beschaffung des Getreides durchaus nicht funktionierte,

hat sich schließlich das Staatsgetreidebureau gebildet. Die ukrainische Regierung soll das Getreide in Raten liefern. Von der gesamten Ausfuhr erhält in den ersten 2 Monaten Oesterreich-Ungarn zwei Drittel, Deutschland ein Drittel. Vom 1. Juli soll das Verhältnis umgekehrt sein. Bis jetzt sind rund 1000 Waggons über die Trodenzengrenze und 500 T über Braila in Rumänien gegangen. Im landwirtschaftlichen Maßstab und Kleinverhandlungen können wir den ukrainischen Bauern etwa 30 000 Tonnen zur Verfügung stellen.

Die Beratung wird um 1 1/2 Uhr abgebrochen.